

Ost-West-Handel weiter unter schwierigen Bedingungen	563
Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland	573

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 46/82

Berlin

18. November 1982

49. Jahrgang

Stöcklin

Ost-West-Handel weiter unter schwierigen Bedingungen

Die Wareneinfuhr der sieben europäischen Mitgliedsstaaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)¹ in die (24) OECD-Staaten erreichte – nach der Statistik der RGW-Länder – 1981 einen Umfang von 32,4 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl)², das waren umgerechnet 45 Mrd. US-\$. Die Wareneinfuhr der RGW-Staaten aus dem OECD-Raum betrug dagegen 34,5 Mrd. TRbl (48 Mrd. US-\$). Nach zwei Jahren mit überwiegend preisbedingten hohen Zuwachsraten im Ost-West-Handel haben Ausfuhr und Einfuhr des RGW 1981 nur noch um 2,5 bzw. knapp 4 vH zugenommen. Abzüglich der Preissteigerungen, die teilweise geschätzt³ wurden, hat das Volumen des Ost-West-Handels im vergangenen Jahr stagniert. Der Westhandel der kleineren RGW (6)-Staaten ist real sogar deutlich gesunken, demgegenüber hat der Westhandel der UdSSR auch real weiter zugenommen.

Zieht man für die Analyse des Westhandels der RGW(6)-Staaten die Vierteljahreswerte der OECD-Außenhandelsstatistik heran, dann zeigt sich, daß der jüngste Umschwung in diesem Handelsverkehr schon im 4. Quartal 1980 begonnen hat. Ausfuhr und Einfuhr erreichten damals ihren Höchststand und gehen seitdem absolut zurück.

Die OECD-Statistik liefert, anders als die Statistik der RGW-Länder, vollständige Angaben über die vierteljährliche Entwicklung des Ost-West-Handels und über die Warenstruktur. Es ist jedoch zu beachten, daß beide Statistiken aus systematischen Gründen inhaltlich voneinander abweichen⁴. Die Diskrepanzen sind besonders groß im Hinblick auf die Handelsbilanzsalden. Für den gesamten Zeitabschnitt 1971 bis 1981 betrug der kumulierte Passivsaldo der RGW-Volkswirtschaften aus der Handelsbilanz gegenüber dem OECD-Raum nach der RGW-Statistik 64,5 Mrd.

US-\$, nach der OECD-Statistik (einschließlich des innerdeutschen Handels) aber 32 Mrd. US-\$.

Eine Untersuchung zu diesem Problem hat ergeben, daß für die Analyse der Zahlungsbilanz die Ergebnisse der RGW-Statistiken besser geeignet sind⁵.

¹ Die außereuropäischen Mitglieder des RGW – Kuba, Mongolei und Vietnam – bleiben hier unberücksichtigt. DDR einschließlich innerdeutscher Handel.

² Der TRbl ist die gemeinsame Außenwährungseinheit der RGW-Staaten. Seine rechnerische Parität gegenüber anderen – östlichen und westlichen – Währungen wird von der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, einer der beiden RGW-Banken, festgelegt. Die Parität gegenüber dem US-\$ betrug 1981 1 TRbl = 1,39 US-\$.

³ Nur die CSSR, Polen, die UdSSR und Ungarn haben Angaben über die Entwicklung ihrer Außenhandelspreise veröffentlicht. In den ersten drei Ländern betreffen diese Daten die Preisentwicklung gegenüber den OECD- und Entwicklungsländern zusammengefaßt.

⁴ Systematische Abweichungen resultieren aus der geographischen Abgrenzung (einschließlich oder ausschließlich des innerdeutschen Handels), dem Handelsbegriff (General- oder Spezialhandel, d. h. einschließlich oder ausschließlich des Zollagerverkehrs), der Art der Erfassung nach Absatz- und Bezugsgebieten (Einkaufs- und Verkaufsland oder Herstellungs- und Bestimmungsland), der Art der Erfassung von Sondervorgängen (einschließlich oder ausschließlich Gold für monetäre Zwecke), der Wertstellung (fob oder cif); hinzu kommen zeitliche Diskrepanzen und unterschiedlicher Umfang der Geheimhaltungsvorschriften. Vermutlich sind noch weitere Gründe von Bedeutung, da die Abweichungen zum Teil erheblich sind. Nach der RGW-Statistik erzielten die RGW-Staaten 1981 im Handel mit den OECD-Staaten einen Importüberschuß von über 3 Mrd. US-\$; nach der OECD-Statistik haben sie demgegenüber einen Exportüberschuß in Höhe von 140 Mill. US-\$ erreicht (einschließlich des innerdeutschen Handels).

⁵ Vgl. P. Marer: Toward a solution of the mirror statistics puzzle in East-West commerce. In: Internationale Wirtschaft – Vergleiche und Interdependenzen, herausgegeben von Friedrich Levick. Festschrift für Franz Nemschak. Wien und New York 1978, S. 430 ff.

Entwicklung des Westhandels¹⁾ der RGW-Länder

RGW-Länder	Ausfuhr ²⁾						Einfuhr ²⁾					
	1970	1975	1978	1979	1980	1981	1970	1975	1978	1979	1980	1981
Mrd. TRbl ³⁾												
Bulgarien	0,26	0,35	0,53	0,93	1,15	1,13	0,32	0,96	0,79	0,88	1,10	1,50
CSSR	0,70	1,17	1,47	1,79	2,21	2,18	0,82	1,57	1,99	2,30	2,53	2,40
DDR ⁴⁾	0,90	1,69	1,95	2,34	2,96	3,94	1,17	2,45	2,78	3,74	4,13	4,18
Polen	0,91	2,42	3,15	3,53	4,04	2,96	0,84	4,63	4,60	4,56	4,51	3,30
Rumänien	0,54	1,39	1,86	2,49	3,03	2,70	0,70	1,68	2,38	2,64	2,78	2,32
Ungarn	0,59	0,95	1,33	1,72	1,99	1,89	0,67	1,41	2,16	2,18	2,43	2,64
RGW(6)	3,90	7,97	10,29	12,80	15,39	14,80	4,52	12,70	14,69	16,28	17,48	16,34
UdSSR	2,21	6,17	8,79	12,80	16,19	17,57	2,57	9,75	11,24	13,34	15,83	18,24
RGW(7)	6,11	14,14	19,08	25,60	31,58	32,37	7,09	22,45	25,93	29,62	33,31	34,58
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH												
Bulgarien	+ 10,1	+ 3,8	+ 8,9	+ 76,6	+ 23,7	- 1,7	+ 38,0	+ 40,7	+ 6,7	+ 10,5	+ 25,0	+ 36,4
CSSR	+ 9,4	- 6,0	+ 8,2	+ 20,9	+ 23,5	- 1,5	+ 26,0	+ 2,0	+ 6,8	+ 15,4	+ 10,0	- 5,2
DDR	+ 7,8	- 5,3	+ 5,9	+ 19,8	+ 27,0	+ 32,7	+ 32,1	- 0,4	- 1,8	+ 34,7	+ 11,0	+ 1,1
Polen	+ 19,2	+ 9,0	+ 11,8	+ 12,2	+ 14,5	- 26,4	+ 4,2	+ 17,2	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 27,0
Rumänien	+ 20,2	- 8,8	+ 14,7	+ 33,7	+ 21,7	- 10,9	+ 5,1	- 13,1	+ 23,3	+ 10,9	+ 5,3	- 16,6
Ungarn	+ 22,5	- 8,8	+ 4,6	+ 30,0	+ 15,7	- 4,8	+ 42,2	+ 3,5	+ 19,9	+ 1,0	+ 11,5	+ 8,7
RGW(6)	+ 20,8	- 0,5	+ 9,4	+ 24,4	+ 20,2	- 3,8	+ 19,0	+ 7,5	+ 6,4	+ 10,8	+ 7,4	- 6,5
UdSSR	+ 4,7	- 2,4	- 0,9	+ 45,6	+ 26,5	+ 8,5	+ 11,5	+ 57,4	+ 5,7	+ 18,7	+ 18,5	+ 15,2
RGW(7)	+ 14,4	- 1,6	+ 4,4	+ 34,2	+ 23,4	+ 2,5	+ 16,2	+ 24,7	+ 6,1	+ 14,3	+ 12,4	+ 3,8
Westhandelsanteil (Gesamtausfuhr bzw. -einfuhr = 100)												
Bulgarien	14,2	10,1	10,3	15,8	16,8	14,9	19,1	23,8	15,2	15,5	17,2	19,9
CSSR	20,4	20,0	18,5	20,4	22,0	19,8	24,9	24,8	23,4	24,3	24,8	22,2
DDR	22,1	22,6	19,7	20,8	24,2	29,1	26,7	29,0	25,6	31,0	30,7	29,1
Polen	28,4	31,5	31,3	31,2	34,6	29,5	25,9	49,5	40,2	37,3	34,4	28,2
Rumänien	32,3	35,0	33,7	38,1	37,5	30,0	40,4	42,2	39,1	36,1	31,4	28,3
Ungarn	28,4	22,3	22,5	24,2	25,0	21,2	29,6	28,4	30,1	28,3	29,3	29,2
RGW(6)	24,0	24,3	23,1	25,2	27,1	26,0	27,2	34,2	29,8	29,9	29,0	26,5
UdSSR	19,1	25,7	24,6	30,2	32,6	30,8	24,3	36,6	32,3	35,2	35,6	34,7
RGW(7)	22,0	24,9	23,8	27,5	29,7	27,5	26,1	35,2	30,8	32,1	31,8	30,2

Angaben für 1981 vorläufig.

1) OECD-Länder. -2) Wertstellung: fob; Ungarn Einfuhr: cif. Generalhandel. Einkaufs- und Verkäuferland; UdSSR und Ungarn (ab 1975): Herkunfts- und Bestimmungsland. -3) Der Transfer-Rubel ist die Außenwährungseinheit der RGW-Länder; sein rechnerischer Wert betrug 1970: 1,11 US-\$, 1975: 1,39 US-\$, 1978: 1,47 US-\$, 1979 und 1980: 1,53 US-\$ und 1981: 1,39 US-\$. -4) Sogenannte kapitalistische Industrieländer (Gruppenausweis).

Quellen: Außenhandelsstatistiken der RGW-Länder; Berechnungen des DIW.

Kleinere RGW-Länder verlieren an Terrain

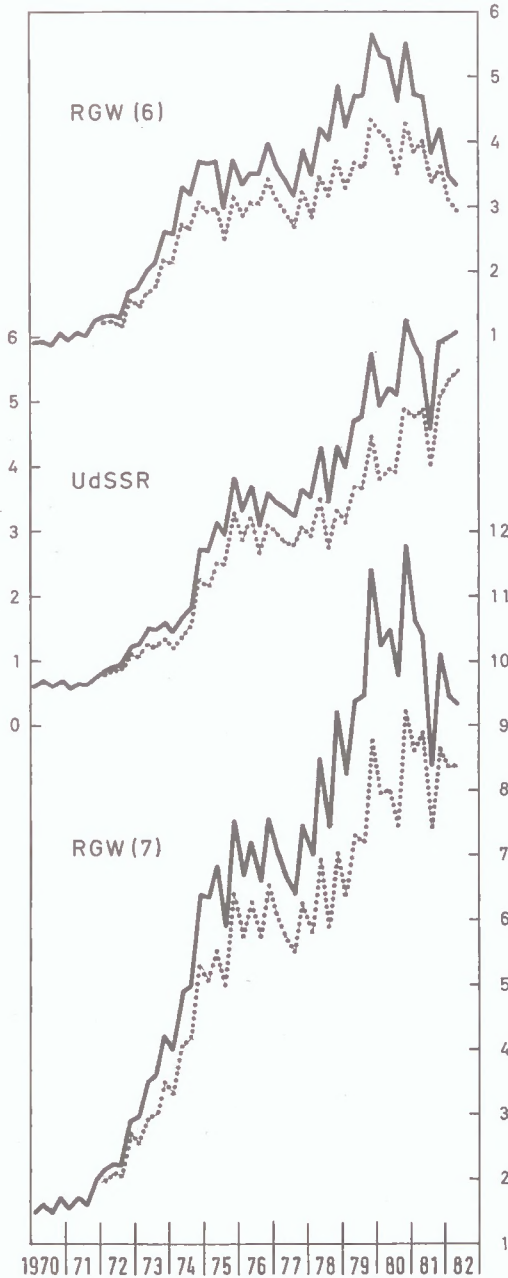
Anfang der siebziger Jahre waren die RGW(6)-Volkswirtschaften und die Sowjetunion bei Importen und Exporten gleichermaßen in einem Verhältnis von 65 zu 35 am gesamten Ost-West-Handel beteiligt. Bei der RGW-Ausfuhr in den Westen ist der Anteil der Sowjetunion seither auf zuletzt 55 vH gestiegen. In dieser Verschiebung spielten die sowjetischen Energieexporte eine überragende Rolle. Bei der RGW-Einfuhr aus dem Westen haben sich die Ausgangsproportionen erst Mitte der siebziger Jahre verändert. Seitdem drosseln die kleineren Länder Osteuropas wegen des Handelsdefizits das Wachstum ihrer Westimporte, so daß ihr Anteil zuletzt auf 47 vH fiel. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen.

Eine überragende Bedeutung als Absatzmarkt für die RGW-Länder kommt der EG zu. Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurde rund die Hälfte der RGW-Ausfuhr dort abgesetzt, seit der ersten EG-Erweiterung 1973 beläuft sich dieser Anteil auf über 60 vH. Die USA waren mit 3 bis 5 vH beteiligt. Die Quote Japans an der RGW-Ausfuhr fiel von 7 vH (1970) auf 4 vH (1981).

Bei der Einfuhr der RGW-Länder aus dem Westen haben die EG-Länder zwar auch den höchsten Anteil, er liegt aber um rund 10 Punkte unter dem Ausfuhranteil. Japans Rolle ist in diesem Zusammenhang, vor allem dank der Lieferung von Energieeinrichtungen, von 5 vH (1970) auf 9 vH (1981) gewachsen. Das Gewicht der USA als Lieferland schwankte demge-

AUSFUHR DER OECD-LÄNDER IN DIE RGW-LÄNDER ¹⁾

— Mrd. US-\$ ²⁾ Mrd. SZR ³⁾



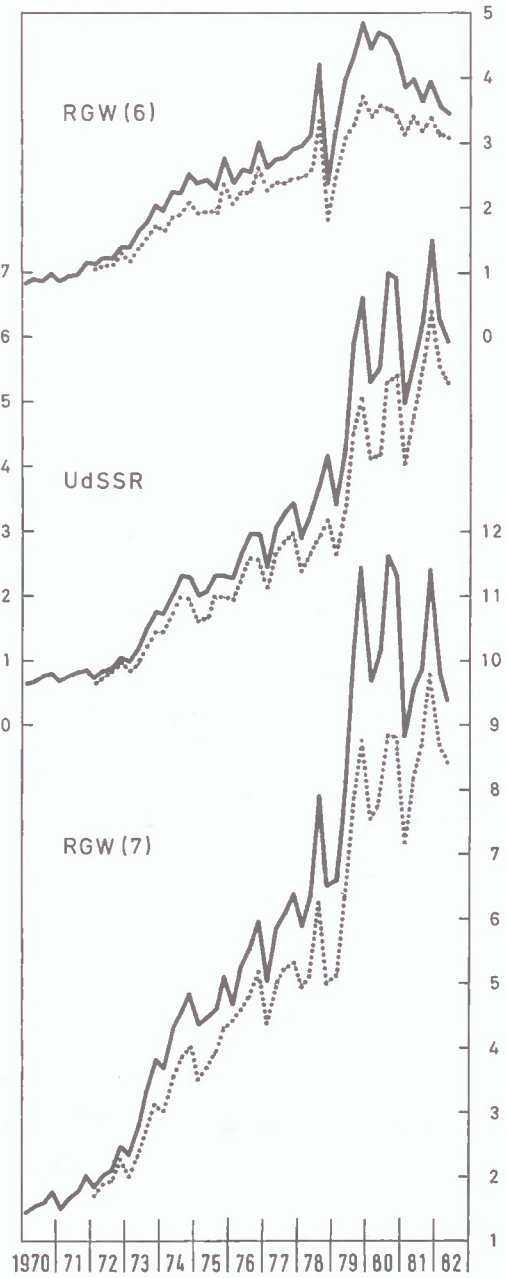
1) Ohne innerdeutschen Handel. — 2) Vierteljahreswerte zu jeweiligen Preisen; fob. — 3) Sonderziehungsrechte, bis 1971 wertgleich mit dem US-\$.

Quelle: OECD und IWF.

DIW 82

EINFUHR DER OECD-LÄNDER AUS DEN RGW-LÄNDERN ¹⁾

— Mrd. US-\$ ²⁾ Mrd. SZR ³⁾



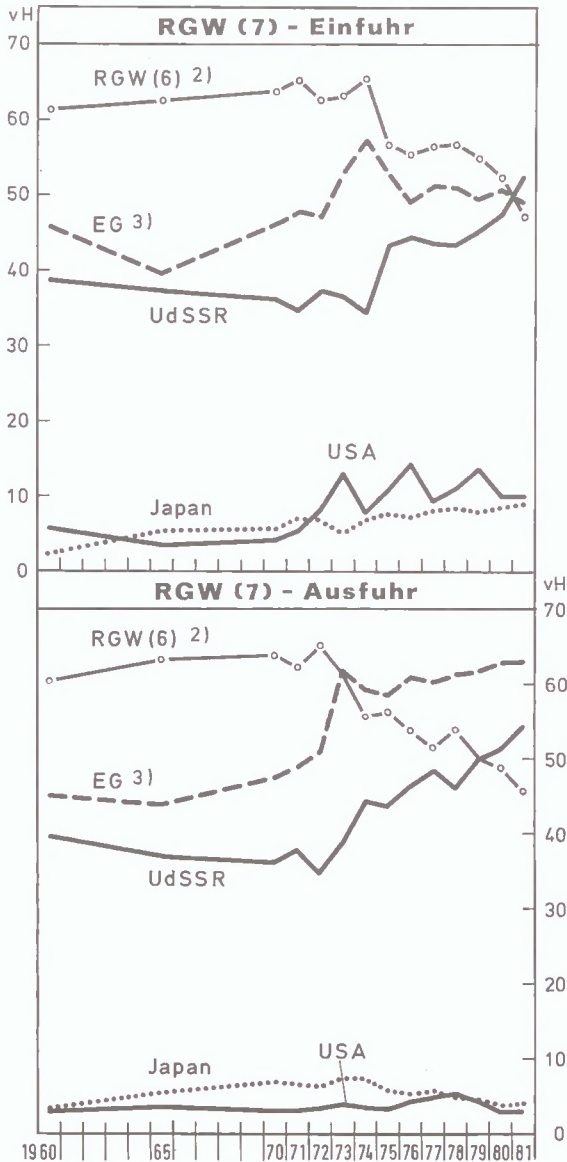
1) Ohne innerdeutschen Handel. — 2) Vierteljahreswerte zu jeweiligen Preisen; cif. — 3) Sonderziehungsrechte, bis 1971 wertgleich mit dem US-\$.

Quelle: OECD und IWF.

DIW 82

REGIONALSTRUKTUR DES OST-WEST-HANDELS 1960 BIS 1981

Anteile in vH ¹⁾



Angaben für 1981 vorläufig.

¹⁾ Berechnet anhand von Werten in Transfer-Rubel zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen. — ²⁾ Bulgarien, ČSSR, DDR (einschließlich innerdeutscher Handel), Polen, Rumänien und Ungarn. — ³⁾ Jeweiliger Gebietsstand.
Quellen: Statistische Jahrbücher der RGW-Länder.

DIW 82

genüber je nach den Getreidelieferungen zwischen 4 vH (1970) und 14 vH (1979). Allein aufgrund von Getreidelieferungen hatte die Sowjetunion im Zeitraum 1971 bis 1981 einen kumulativen Importüberschuß in der Handelsbilanz gegenüber den USA von 17 Mrd. US-\$. In der gleichen Zeit betrug der Export-

überschuß der Sowjetunion gegenüber der EG 13 Mrd. US-\$.

Von den sieben Teilnehmerstaaten des westlichen Wirtschaftsgipfels (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA) hat die Bundesrepublik Deutschland unverändert die höchste Osthandelsverflechtung aufzuweisen (Anteil des RGW-Marktes 1981 an der Ausfuhr 5,7 vH, an der Einfuhr 6,2 vH⁶⁾). Den mit großem Abstand geringsten Verflechtungsgrad hatten die USA (Ausfuhr 1,9 vH, Einfuhr 0,6 vH).

Unterschiedliche Warenstrukturen bei den RGW-Ausfuhren

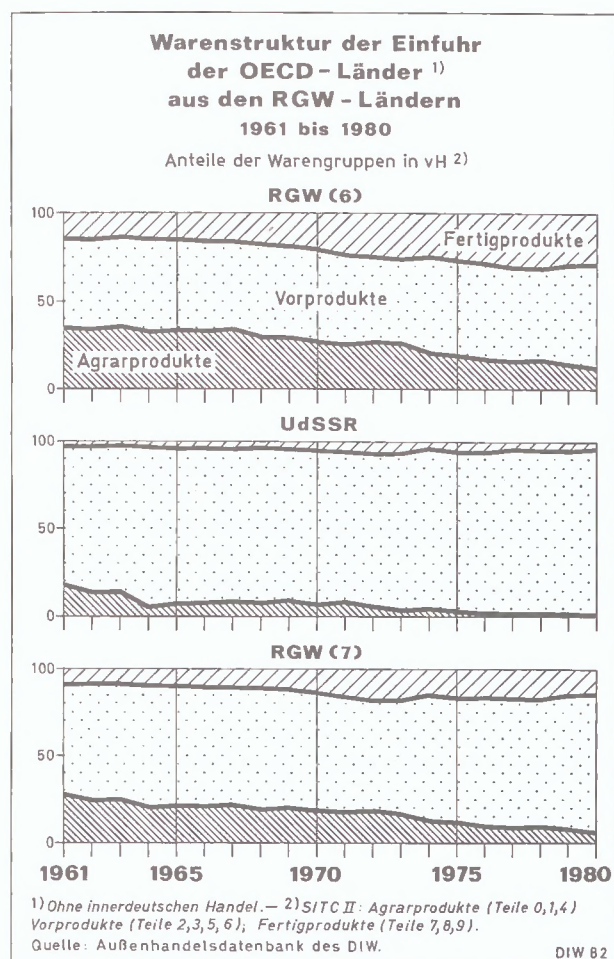
Die Zunahme der sowjetischen Westausfuhr ging 1981 ausschließlich auf die Steigerung bei Energieerohstoffen zurück (+ 16,5 vH). Auf diese Warenposition entfielen im vergangenen Jahr bereits mehr als drei Viertel der Exporterlöse auf westlichen Märkten (1980: 71,5 vH). Den Löwenanteil an den Energieexporten hatte nach wie vor Mineralöl: Die UdSSR hat 1981 über 52 Mill. t auf dem OECD-Markt abgesetzt (8,5 vH weniger als im Vorjahr). Da der Durchschnittswert um – schätzungsweise – 20 vH gestiegen war, konnte sie für diese Menge rd. 13,5 Mrd. TRbl Erlösen. Die Einnahmen aus Erdgasexporten erreichten 2,9 Mrd. TRbl (4 Mrd. US-\$) und stiegen damit wesentlich schneller (um 59 vH; Menge: + 5,5 vH; Preis: 50,5 vH); der Anteil an den gesamten Energieexporten der UdSSR erhöhte sich um sechs Punkte auf knapp 22 vH (Mineralöl 1981: 76 vH; 1980: 81 vH).

Die sowjetischen Exporte von Maschinen, Ausrüstungen und Fahrzeugen (nach der RGW-Warenklassifizierung) betrugen 1981 demgegenüber nur 0,9 Mrd. TRbl (– 5 vH); sie waren damit am gesamten Westexport des Landes lediglich mit 5 vH beteiligt (1980: 6 vH). Dies unterstreicht die anhaltende Exportschwäche der sowjetischen Industrie.

Betrachtet man die längerfristigen Veränderungen in der Zusammensetzung der sowjetischen Westausfuhr – dafür muß erneut auf die OECD-Statistik zurückgegriffen werden –, dann zeigt sich, daß auf die Gruppe der Vorleistungsgüter inzwischen 95 vH des Westexports entfallen (1970: 88 vH). Die Gruppe der Fertigerzeugnisse war 1981 unverändert mit 4 vH vertreten, der unbedeutende Rest waren Agrarerzeugnisse (1970: 7 vH).

Die Struktur der RGW(6)-Ausfuhr ist demgegenüber differenzierter. Auf die Position der Vorleistungsgüter entfielen – bei leicht ansteigender Tendenz – mehr als die Hälfte aller Lieferungen (1980: 59,5 vH; 1970: 52 vH). An Boden verloren haben die Agrargüter; ihr

⁶⁾ Einschließlich des innerdeutschen Handels.



Anteil ging um 15 Punkte auf 12 vH zurück. Dieser Rückgang ist sowohl durch die abnehmende Leistungsfähigkeit der nationalen Landwirtschaften in Osteuropa als auch durch die auf Autarkie abzielende gemeinsame Agrarpolitik der EWG verursacht worden. Deutlich gestiegen ist im Laufe der letzten zehn Jahre der Anteil von Fertigwaren (1980: 28,5 vH; 1970: 20,5 vH). Da in dieser Gruppe allerdings Güter verbrauchsnahe Industrien dominieren, machen sich hier sowohl hohe Zollmauern als auch andere protektionistische Maßnahmen westlicher Industriestaaten (in einem allerdings kaum quantifizierbaren Ausmaß) negativ bemerkbar.

RGW-Einfuhr: Vorleistungsgüter und Investitionsgüter dominieren

Die UdSSR dürfte 1981 auf dem OECD-Markt schätzungsweise 22 Mill. t Getreide gekauft haben (1980: ca. 19 Mill. t)⁷. Die Importrechnung erhöhte sich um über 27 vH auf 2,7 Mrd. TRbl (3,8 Mrd. US-\$)⁸. 43 vH der importierten Menge stammte aus den USA (1980: 38 vH). Allerdings haben die USA, bedingt durch das von Präsident Carter verfügte Teilembargo vom 4. 1. 1980, das Präsident Reagan am 28. 4. 1981

wieder aufhob, ihre führende Position als Getreidelieferant der UdSSR an Argentinien abgetreten (1981: ca. 15 Mill. t).

Das auf dem sogenannten kapitalistischen Markt gekaufte Getreide entspricht einem Anteil von 20 vH (1980: 16,5 vH) des Inlandsaufkommens. Die Sowjetunion ist damit in beträchtlichem Umfang vom Weltgetreidemarkt abhängig. Dies ist sowohl das Ergebnis der Leistungsschwäche der eigenen Landwirtschaft – die jährliche Erntemenge schwankte zwischen 136 Mill. t (1975) und 238 Mill. t (1978), sie lag 1981 bei 170 Mill. t⁹ – als auch der Lebensstandardpolitik der sowjetischen Führung, die trotz des Mangels an geeigneten Futtermitteln die Tierproduktion und den Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch halten will. Dieses Ziel ist für die sowjetische Wirtschaftspolitik so wichtig, daß Getreideimporte aus dem nicht-sozialistischen Ausland für eine überschaubare Zukunft unabdingbar bleiben¹⁰.

An den gesamten Westimporten der RGW(7)-Länder waren Agrarprodukte aus OECD-Ländern mit einer Quote von 10 vH (1974) bis 20 vH (1980) beteiligt. Wichtigste Importwarengruppe waren in dieser Periode allerdings industrielle Vorleistungsgüter mit einem Anteil von knapp unter 50 vH, gefolgt von der Position Fertigwaren, deren Gewicht um 10 Punkte auf 33 vH gesunken ist. Offensichtlich waren die osteuropäischen Volkswirtschaften bemüht, den Anteil der Vorleistungsimporte auf Kosten der Investitionsgüter konstant zu halten. Mit anderen Worten: Die Westimporte waren für die laufende Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen und Halbwaren wichtiger, denn als Quelle für Technologie. Eine solche Importstrategie entspricht auch dem erwarteten Verhalten zentral geplanter Wirtschaften: Die laufende Planerfüllung steht mehr im Vordergrund als das zukünftige Wachstum. Als eine weitere Hypothese für die Erklärung der Veränderung in der Importstruktur kommt hinzu, daß sich das Tempo der Sachkapitalbildung in Osteuropa in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre spürbar verlangsamt hat, die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist – Rumänien allerdings ausgenommen – gesunken; dieser Trend soll die staatliche In-

⁷ Die Daten beziehen sich auf das Kalenderjahr. In der sowjetischen Außenhandelsstatistik werden die importierten Getreidemengen seit 1976 nicht mehr vollständig ausgewiesen.

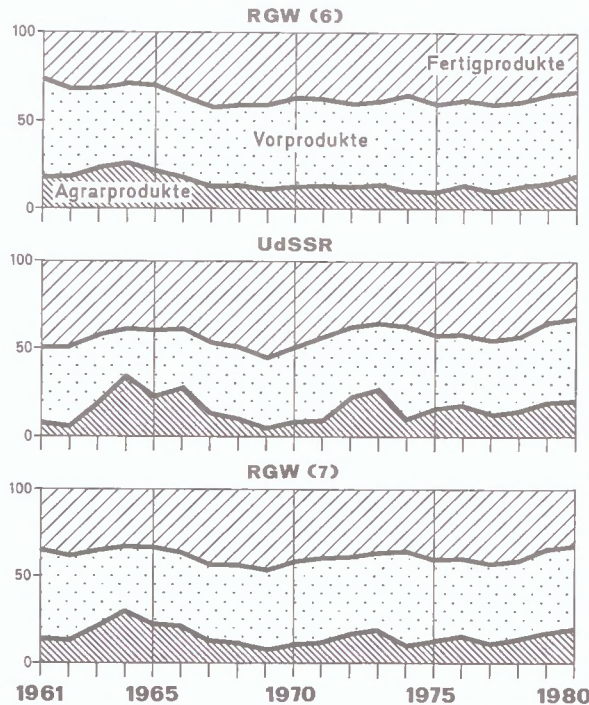
⁸ Insgesamt mußte die UdSSR 1981 Getreide im nicht-sozialistischen Ausland, d. h. gegen konvertible Währungen, im Wert von 4,2 Mrd. TRbl (5,9 Mrd. US-\$) kaufen (ca. 40 bis 44 Mill. t).

⁹ Es handelt sich um eine amerikanische Schätzung; denn die UdSSR hat bislang noch keine amtliche Zahl über das Ernteergebnis von 1981 veröffentlicht. Die Ernte für 1982 wird jetzt auf 180 Mill. t geschätzt.

¹⁰ Die UdSSR hat bisher längerfristige Getreidelieferabkommen mit folgenden Staaten abgeschlossen: USA (1975; Mindestmenge jährlich 6 Mill. t), Kanada (1981; 5 Mill. t), Argentinien (1981; 4 Mill. t) und Frankreich (1982; 1,5 Mill. t).

Warenstruktur der Ausfuhr der OECD-Länder¹⁾ in die RGW-Länder 1961 bis 1980

Anteile der Warengruppen in vH²⁾



1) Ohne innerdeutschen Handel. — 2) SITC II: Agrarprodukte (Teile 0,1,4); Vorprodukte (Teile 2,3,5,6); Fertigprodukte (Teile 7,8,9).

Quelle: Außenhandelsdatenbank des DIW.

DIW 82

Daten zur Handelsbilanz der RGW-Länder gegenüber den OECD-Ländern

RGW-Länder	1970	1971 bis 1975 ¹⁾	1980	1976 bis 1980 ¹⁾	1981	1976 bis 1981 ¹⁾
Saldo in Mrd. US-\$ ²⁾						
Bulgarien	- 0,1	- 1,4	+ 0,1	- 1,0	- 0,5	- 1,5
CSSR	- 0,1	- 1,4	- 0,5	- 3,4	- 0,3	- 3,7
DDR ³⁾	- 0,3	- 3,6	- 1,8	- 7,9	- 0,3	- 8,2
Polen	+ 0,1	- 7,0	- 0,7	- 10,2	- 0,5	- 10,7
Rumänien	- 0,2	- 1,3	+ 0,3	- 1,1	+ 0,5	- 0,6
Ungarn	- 0,1	- 1,7	- 0,7	- 3,8	- 1,0	- 4,8
RGW(6)	- 0,7	-16,4	- 3,2	- 27,4	- 2,1	- 29,5
UdSSR	- 0,4	- 7,1	+ 0,5	- 10,7	- 0,9	- 11,6
RGW(7)	- 1,1	-23,5	- 2,7	- 38,0	- 3,1	- 41,1
Exporte in vH der Importe						
Bulgarien	81,3	58,3	104,1	84,1	75,3	82,0
CSSR	85,3	81,5	87,3	77,3	90,8	80,5
DDR	77,4	71,0	71,8	67,4	94,3	72,7
Polen	108,4	61,5	89,4	69,8	89,7	71,5
Rumänien	76,9	84,3	108,2	93,6	116,4	97,2
Ungarn	88,9	72,8	72,7	74,1	71,6	74,0
RGW(6)	86,5	70,7	87,7	75,3	90,6	77,9
UdSSR	85,9	79,8	102,2	88,2	96,3	90,0
RGW(7)	86,3	74,2	94,7	81,1	93,6	83,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für 1981 vorläufig.

1) Kumulierte Werte. — 2) Zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen; Ausfuhrüberschuß: +, Einfuhrüberschuß: -. — 3) Gegenüber sogenannten kapitalistischen Industrieländern (Gruppenausweis).

Quellen: Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher der RGW-Länder.

vestitionspolitik der RGW-Länder bis 1985 kennzeichnen¹¹.

Zurückhaltung des internationalen Bankensystems

Die Handelsbilanz der RGW-Staaten gegenüber dem industrialisierten Westen schloß 1981 mit einem Fehlbetrag von über 3 Mrd. US-\$ ab, das waren 500 Mill. US-\$ mehr als ein Jahr zuvor. Die RGW(6)-Staaten konnten ihr Defizit um über eine Mrd. auf rd. zwei Mrd. US-\$ verringern, für die UdSSR brachte das Jahr eine Verschlechterung von + 0,5 Mrd. (1980) auf - 1 Mrd. US-\$ (1981).

Insgesamt haben die osteuropäischen Länder im OECD-Handel von 1971 bis 1981 einen kumulierten Passivsaldo in Höhe von 64,5 Mrd. US-\$ hinnehmen müssen (RGW(6): 46 Mrd.; UdSSR: 18,5 Mrd.). Zur Finanzierung dieses Importüberschusses mußten sich diese Volkswirtschaften im Westen hoch verschulden. Über den tatsächlichen Umfang der östlichen Kreditaufnahme liegen allerdings nur westliche Schätzungen vor.

Nach Angaben aus westlichen Bankkreisen betrug die RGW-Verschuldung in konvertiblen Währungen

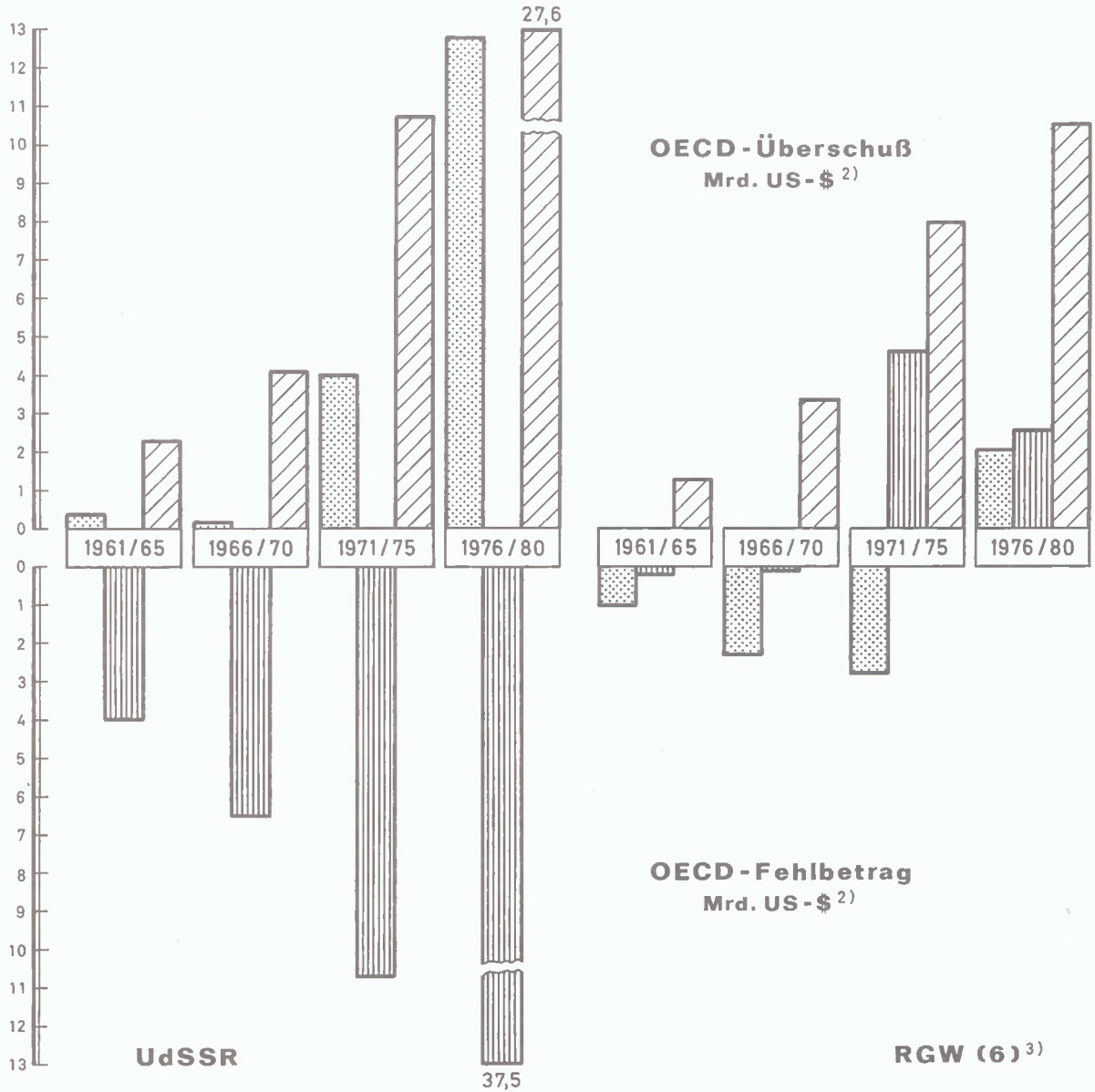
per 31. 12. 1981 netto rund 75,5 Mrd. US-\$ (das ist die Summe sämtlicher Verbindlichkeiten abzüglich der RGW-Forderungen an westliche Geschäftsbanken, die an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, BIZ, berichten). Die Summe der Nettoverschuldung erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 5 Mrd. US-\$ (1980: + 11 Mrd.).

Geht man von den internationalen Zinssätzen aus, die von der Economic Commission for Europe (ECE) aus einem Durchschnitt von Euro-Währungen geschätzt wurden, dann erhöhte sich die Zinsbelastung der RGW(6)-Volkswirtschaften 1981 um über 2 Mrd. auf 8,2 Mrd. US-\$, ihre Zinsendienstquote stieg von 27 auf 40 vH der Exporterlöse im OECD-Raum; für die einzelnen Länder liegt diese Quote zwischen 15 vH (CSSR) und 83 vH (Polen). Dieser rasche Anstieg der Zinsbelastung ging dabei zu Dreiviertel auf das höhere Zinsniveau zurück (eine Zinssenkung um einen Prozentpunkt würde für Osteuropa eine Entlastung

¹¹ Vgl. Problematische Planziele der RGW-Länder. Fünfjahrplan 1981 bis 1985: Mehr Produktivität bei stagnierendem Verbrauch. Bearbeiter: Jochen Bethkenhagen, Maria Lodahl, Heinrich Machowski, Maria Elisabeth Ruban. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1981.

HANDELSBILANZSALDEN¹⁾ IM OST-WEST-HANDEL NACH WARENGRUPPEN 1961 BIS 1980

Nahrungsgüter (SITC II: 0,1,4)
 Vorprodukte (SITC II: 2,3,5,6)
 Fertigwaren (SITC II: 7,8,9)



¹⁾ Kumulierte Werte. — ²⁾ Zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen. — ³⁾ Bulgarien, ČSSR, DDR (ohne innerdeutschen Handel), Polen, Rumänien und Ungarn.
 Quelle: Außenhandelsdatenbank des DIW.

Daten zur Verschuldung der RGW-Staaten in konvertiblen Währungen

	1977	1978	1979	1980	1981
Nettoverschuldung ¹⁾ in Mrd. US-\$ ²⁾ , jeweils zum Jahresende					
Bulgarien	2,9	3,5	3,5	3,2	2,0
CSSR	2,5	2,9	2,9	3,2	3,2
DDR ³⁾	6,6	7,8	8,6	9,3	11,8
Polen	14,1	16,7	18,4	23,9	24,4
Rumänien	3,0	4,2	5,7	9,1	10,4
Ungarn	4,3	6,4	6,8	6,9	7,6
RGW (6)	33,4	41,5	45,9	55,6	59,4
UdSSR	13,7	11,6	7,6	8,4	10,5
RGW (7) ⁴⁾	52,2	58,0	59,0	70,4	75,6
Zum Vergleich:					
DDR nach DIW	5,3	6,8	8,0	9,6	9,6
RGW (7) nach ECE	.	.	65,3	72,4	80,7
Zinsendienstquote ⁵⁾ in vH					
Bulgarien	25	29	21	20	18
CSSR	8	8	9	11	15
DDR ⁶⁾	14	16	20	22	30
Polen	21	23	31	45	83
Rumänien	8	9	13	23	39
Ungarn	14	20	22	25	40
RGW (6)	15	17	20	27	40
UdSSR	6	6	3	4	6
RGW (7)	12	13	13	16	23
Zum Vergleich:					
DDR nach DIW	9	14	18	22	24

1) Summe sämtlicher Verbindlichkeiten der RGW-Staaten (Regierungskredite, Bankkredite, Lieferantenkredite, Euro-Anleihen sowie Weltbank- und IMF-Kredite an Rumänien) abzüglich der RGW-Forderungen an westliche Banken, die an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berichten. – 2) Zu jeweiligen Wechselkursen. – 3) Einschließlich des innerdeutschen Kapitalverkehrs. – 4) Einschließlich der Netto-Verbindlichkeiten der beiden RGW-Banken (1981: 4,2 Mrd. US-\$). – 5) Jährliche Zinszahlungen in vH der Exporte in die OECD-Staaten. Es wurden die von der ECE berechneten durchschnittlichen Zinssätze herangezogen: 1977: 5,5 vH; 1978: 6,2 vH; 1979: 8,5 vH; 1980: 11,1 vH und 1981: 13,9 vH. – 6) Ohne den zinslosen Swing-Kredit im innerdeutschen Handel, soweit er von der DDR tatsächlich ausgenutzt wurde.

Quellen: Angaben über die Brutto-Verschuldung nach Lawrence J. Brainard, Bankers Trust Company, New York.
Angaben über die RGW-Forderung an westliche Geschäftsbanken nach der Vierteljährlichen Berichterstattung der BIZ, Basel.
Angaben des DIW: Verschuldungsproblematik vermindert Wachstumsschancen in der DDR. Bearbeiter: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1982.
Angaben der ECE: Economic Survey of Europe in 1981, Genf 1982.

von über 750 Mill. US-\$ bringen). Für die UdSSR ergibt diese Rechnung einen Zinsendienst von 1,5 Mrd. US-\$ (+ 500 Mill.), das waren 6 vH der Westexporte – die sowjetische Wirtschaft dürfte unter ökonomischen Kriterien nach wie vor eine Kreditadresse bester Bonität sein.

Kontrollrechnungen für einige Länder haben ergeben, daß diese Schätzung des Zinsendienstes überhöht sein dürfte. Der rapide Anstieg der Zinsendienstquote wird aber relativ gut wiedergegeben. Zu der auch im internationalen Maßstab recht hohen Schuldenlast

der kleinen RGW-Länder¹² kommt die allgemeine Vertrauenskrise in die Kreditwürdigkeit der RGW-Staaten hinzu, die im internationalen Bankensystem aufgrund der polnischen und rumänischen Zahlungsunfähigkeit ausgebrochen ist. Für die RGW-Volkswirtschaften stehen gegenwärtig keine neuen Bankkredite zur Verfügung; im Gegenteil, die Banken bestehen auf der Rückzahlung der fälligen Kredite. Darauf weist die jüngste Entwicklung der osteuropäischen Netto-Verschuldung bei den BIZ-Geschäftsbanken hin (in Mrd. US-\$):

	1979	1980	1981	1982	1982
	jeweils 31. 12.				
				31. 3.	30.6.
RGW (6)	33,9	37,1	36,4	34,8	32,9
UdSSR	4,3	4,8	7,5	8,0	7,9
RGW (7) ¹³	40,5	44,2	45,6	44,4	42,3

Die Reduzierung der Brutto-Verschuldung ist im wesentlichen aus dem Abbau von Guthaben erfolgt, die sich – laut BIZ-Statistik – von 15,6 Mrd. (Ende 1980) auf 11,8 Mrd. US-\$ (Ende Juni 1982) verminderten. Künftig müssen die RGW-Staaten einen Exportüberschuß in der Warenbilanz erzielen, um auf Dauer ihren Finanzverpflichtungen nachkommen zu können, und dies läßt sich gegenwärtig wohl nur durch eine Importdrosselung erreichen.

Erschwert hat sich die Lage der RGW-Länder auf dem westlichen Kreditmarkt auch durch den kürzlich erzielten OECD-Konsens über die Mindestzinsen bei staatlichen Exportkrediten. Dieses Gentleman's Agreement vom 21. 7. 1982, das zunächst bis 1. 5. 1983 in Kraft bleibt, schreibt im einzelnen folgende Mindestzinssätze für staatlich subventionierte Kredite vor (alte Zinshöhe):

	Laufzeit der Kredite – Jahre –	
	2 bis 5	5 bis 8,5
Ländergruppe I	12,15 (11,0)	12,40 (11,25)
(Pro-Kopf-BSP von über 4000 US-\$; 39 Länder)		
Ländergruppe II	10,85 (10,5)	11,35 (11,0)
(Pro-Kopf-BSP von 625 bis 4000 US-\$; 68 Länder)		
Ländergruppe III	10	10
(Pro-Kopf-BSP weniger als 624 US-\$; 72 Länder)		

Nach der jetzt gültigen Regelung gehören die UdSSR, die DDR und die CSSR der reichsten Länder-

¹² Die Zinsendienstquote der am höchsten verschuldeten Länder Lateinamerikas betrug 1981 in Brasilien 45 vH, in Argentinien 44 vH, in Chile 40 vH, in Mexiko 37 vH und in Ecuador 30 vH. Vgl. Financial Times vom 15. 10. 1982.

¹³ Einschließlich eines regional nicht aufgeteilten Residualbetrages.

gruppe an. Vor der Übereinkunft wurden alle RGW-Staaten der zweiten Ländergruppe zugerechnet.

Die Liquiditätskrise Mexikos und anderer latein-amerikanischer Schuldnerstaaten im Sommer dieses Jahres hat die weltweiten Finanzierungs- und Zahlungsprobleme dramatisch verschärft¹⁴. Es besteht zwar die Gefahr, daß sich die internationale Verschuldungskrise bei einer übervorsichtigen Reaktion der Banken noch zuspitzt. Die Notenbanken der westlichen Länder und der IMF versuchen aber, das internationale Bankensystem funktionstüchtig zu erhalten¹⁵. Für die RGW-Volkswirtschaften erwächst daraus die Hoffnung, daß die Banken ihre gegenwärtig rigide Politik auch ihnen gegenüber aufgeben werden. Allerdings müssen hochverschuldete RGW-Länder alle Anstrengungen unternehmen, um ihre Handelsbilanzen gegenüber dem Westen ins Gleichgewicht zu bringen. Das ist die einzige Chance, ihre Kreditwürdigkeit zu erhöhen.

Gemeinsame Osthandelspolitik des Westens?

Der amerikanische Präsident hatte nach Einführung des Kriegsrechts in Polen (13. 12. 1981) eine Reihe von Wirtschaftssanktionen zunächst gegen Polen (23. 12. 1981) und dann auch gegen die UdSSR (29. 12. 1981) verhängt. Soweit diese Maßnahmen die Sowjetunion betrafen, ging es im Kern um ein Exportverbot von Energieausrüstungen, elektronischem Gerät (vor allem Computern) und Ausrüstungen, die eine fortgeschrittene Technologie verkörpern („high-technology materials“). Am 18. 6. 1982 hatte Präsident Reagan entschieden, seine gegen die UdSSR gerichteten Embargomaßnahmen auch auf ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Firmen und auf US-Lizenzproduktionen im Ausland auszudehnen. Diese Ausdehnung war eine extraterritoriale Anwendung amerikanischen Rechts, griff in bestehende Verträge ein und sollte die westeuropäischen Verbündeten und Japan veranlassen, sich der amerikanischen Sanktionspolitik anzuschließen. Außerdem verlangten die USA eine Reduzierung des Kreditvolumens und eine Verschärfung der Kreditbedingungen im Ost-West-Geschäft.

Am 13. 11. 1982 hat Präsident Reagan die Embargomaßnahmen in Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft wieder aufgehoben und mitgeteilt, daß er mit den Regierungen der anderen Teilnehmer des westlichen Wirtschaftsgipfels eine neue – restriktive – Außenhandelsstrategie gegenüber den RGW-Staaten entwickelt habe. Kernstück sei

- der Verzicht auf weitere Gasgeschäfte mit der UdSSR, solange nach Alternativlösungen gesucht werde,
- eine Verschärfung der Exportkontrolle für strategisch wichtige Güter,

- eine Harmonisierung der Kreditpolitik.

Gegenwärtig ist allerdings noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen diese Ankündigung auf den Ost-West-Handel haben wird. Eine vertragliche Vereinbarung liegt noch nicht vor; Einzelheiten müssen erst noch festgelegt werden. Frankreich hat zu der Erklärung von Präsident Reagan bereits eine distanzierende Stellungnahme abgegeben.

Es ist im Westen weitgehend anerkannt, daß die Exportkontrollen im Rahmen des CoCom¹⁶ aus sicherheitspolitischen Überlegungen wichtig sind und in Zukunft je nach Bedarf erweitert werden sollten. Für eine Verbesserung dieses Kontrollmechanismus gibt es dennoch sachliche und politische Grenzen. Exportbeschränkungen von „sensibler“ Technologie, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden kann („dual-use items“), sollten nicht, wie häufig gefordert wird, „verschärft“ werden, wenn damit mehr als nur eine Anpassung der CoCom-Liste¹⁷ an den technischen Fortschritt gemeint ist. Denn die drei wichtigsten Grundlagen der CoCom-Kontrolle müssen im Interesse eines Fortbestandes dieses bislang erfolgreichen Instrumentariums unverändert bleiben: Informelle Basis (gentleman's agreement), Einstimmigkeit und Geheimhaltung. Außerdem darf die CoCom-Liste nicht zu extensiv gestaltet werden: Wichtige westliche Industriestaaten – z. B. die Schweiz, Schweden und Österreich – gehören dem CoCom nicht an. Eine zu weitgehende Abgrenzung der „sensiblen“ Technologie würde es diesen Staaten erschweren, sich freiwillig an den Exportkontrollen zu beteiligen – zum Nachteil der Industriekooperation zwischen westlichen Staaten¹⁸.

¹⁴ Die Netto-Verschuldung der sieben am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Länder bei BIZ-Banken betrug Ende 1981 über 118 Mrd. US-\$.

¹⁵ „Mexico's liquidity crises has made it clear that to continue lending to the heavily indebted countries of the world is the only available course“ (Financial Times vom 15. 10. 1982).

¹⁶ CoCom (Coordinating Committee) wurde 1950 mit dem Zweck gegründet, bestimmte Exporte in kommunistische Staaten (ohne Jugoslawien und Kuba) zu kontrollieren. Im CoCom arbeiten alle NATO-Staaten (ohne Island) und Japan zusammen.

¹⁷ Eigentlich gibt es drei CoCom-Listen: 1. Liste der Waffen, 2. Liste der Nukleartechnologie und 3. Liste der „sensiblen“ Technologie. Während die beiden ersten Listen unter den CoCom-Staaten kaum umstritten sind, ist der Inhalt der dritten Liste immer schon ein Gegenstand von – teilweise heftigen – Kontroversen gewesen.

¹⁸ Auf der diesjährigen Schweizer Werkzeugmaschinen-ausstellung in Moskau sagte der Bundesrats-Delegierte, „daß für die Schweiz als neutralem Staat die im Rahmen der CoCom getroffenen Vereinbarungen nicht verpflichtend seien. In Fällen, bei denen sich komplizierte Interpretationsprobleme stellten, liege es jedoch im Eigeninteresse betroffener Firmen, sich an eingegangene Verpflichtungen bezüglich ausländischer Bestandteile und Lizenzen zu halten . . . Um eine Frontalkollision mit den CoCom-Kontrollen zu vermeiden, scheint der schweizer Hersteller gewöhnlich den Ausweg zu wählen, statt US-Lizenzen oder US-Bestandteile Eigenentwicklungen zu verwenden“ (Neue Zürcher Zeitung vom 24./25. 10. 1982).

Die Forderung nach einer Verschärfung der Exportkreditbedingungen hatte bereits zu dem genannten OECD-Konsens über Mindestzinsen bei staatlichen Exportkrediten geführt. Damit ist es gelungen, die Wettbewerbsverzerrungen auf diesem Kreditmarkt wenigstens teilweise zu beseitigen. Eine darüber hinausgehende gemeinsame Kreditpolitik westlicher Geschäftsbanken gegenüber Osteuropa ist jedoch weder durchsetzbar noch aus wettbewerbspolitischen Gründen überhaupt wünschenswert.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen – zum Beispiel innerdeutscher Handel, Kreditabkommen Bundesrepublik Deutschland / Volksrepublik Polen von 1975 – sind spezifische Kredit- und handelspolitische Vorteile für die RGW-Staaten im Ost-West-Handel nicht nachzuweisen¹⁹. Die Forderung nach Wegfall von Vorzugsbedingungen entbehrt also jeder Grundlage. Umgekehrt ist es aber eine Illusion, zu glauben, daß die RGW-Länder durch spezifische handels- und kreditpolitische Erschwernisse zu politischen Konzessionen veranlaßt werden könnten.

Die ökonomischen Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung des Ost-West-Handels sind ohnehin ungünstig. Die Rezession im industrialisierten Westen hält an, der Aufschwung läßt weltweit auf sich warten: Das Bruttosozialprodukt der fünfzehn wichtigsten westlichen Industrieländer wird zusammengenommen 1983 real stagnieren, so daß mit einem Wachstum der OECD-Einfuhr aus dem RGW-Raum nicht gerechnet werden kann. Auf der anderen Seite nehmen auch in Osteuropa die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen an Gewicht zu, geht das Wachstum der Wirtschaft weiter zurück, sind die Fünfjahrpläne für 1981/85 allenthalben mehr oder weniger obsolet geworden und stellen keine Richtschnur für die staatliche Wirtschaftspolitik mehr dar. Wenn der Anteil des Ost-West-Handels an der gesamten Weltausfuhr nicht weiter sinkt, wird man schon von einem Erfolg sprechen können.

¹⁹ Auch die Lieferung verbilligter Butter aus EG-Beständen ist keine Subventionierung der UdSSR sondern eine Unterstützung für die Bauern in der EG.

Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland werden viele gesellschaftliche Aufgaben, die weder vom Markt noch von staatlichen Institutionen in ausreichendem Maße erfüllt werden, von gemeinnützigen Organisationen übernommen. Ihr weitgefächertes Tätigkeitsfeld umfaßt Bereiche wie Kunst, Wissenschaft, Religion, Gesundheit. Zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit sind die Organisationen oft auf private Spenden angewiesen, auf Mittel also, die für den Spendenden freiwilligen Verzicht auf Konsum, Gewinn bzw. Ersparnis bedeuten und damit für den Empfänger schwer kalkulierbar sind.

Informationen über Spenden sind nur aus einzelnen, primär anderen Zwecken dienenden Statistiken abzuleiten. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, hat das DIW beauftragt, Umfang und Entwicklung des Spendenaufkommens in der Bundesrepublik von der Spenderseite her zu bestimmen¹. Im Zentrum der Analyse standen die Unternehmen – der für den Bereich Wissenschaft wichtigste Spenderkreis. Die Studie zeigt, daß die Spendentätigkeit innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte stark zugenommen hat. Dabei sind die Spenden von natürlichen Personen weit stärker gestiegen als die von Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen. Das steuerlich geltend gemachte Spendenvolumen in der Bundesrepublik ist gegenwärtig auf insgesamt 1,7 Mrd. DM zu veranschlagen. Während sich das Spendenvolumen damit seit 1965 annähernd vervierfacht hat, sind die Spenden für die Wissenschaft seither kaum noch gestiegen.

Zur Datenbasis

Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland ist statistisch nur lückenhaft belegt. Informationen liefern vornehmlich die im Drei-Jahres-Rhythmus erhobenen Körperschaft- und Einkommensteuerstatistiken, zuletzt erschienen für das Jahr 1977. Diese geben Auskunft über die Zahl der Spendenfälle und das steuerlich geltend gemachte Spendenaufkommen sowie eine Reihe weiterer untersuchungsrelevanter Angaben: Zahl der Kapitalgesellschaften bzw. der Einkommensteuerpflichtigen, Steuerschuld, Gewinn bzw. Einkommen. Damit besteht auch die Möglichkeit, Beziehungszusammenhänge zu untersuchen – bei Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen zwischen Gewinnsituation und Spendenvergabe, bei natürlichen Personen zwischen Einkommenshöhe und Spendentätigkeit.

Neben dem amtlichen Datenmaterial sind zwei Untersuchungen des Wissenschaftszentrums, Berlin, ausgewertet worden, in denen jeweils 150 deutsche Unternehmen nach ihrem sozialen Engagement befragt wurden². An beiden Erhebungen hatten 53 Firmen teilgenommen. Die erste Erhebung lieferte Daten für die Jahre 1970 und 1974, die zweite für die Jahre 1974 und 1977. Neben dem Spendenaufkommen wurde dabei auch nach Umsatz und Kapitalverzinsung des jeweiligen Unternehmens gefragt. Damit konnte anhand dieser – wenn auch relativ kleinen – Stichprobe analysiert werden, ob sich zwischen Spendentätigkeit einerseits und Ertragslage bzw. Umsatz andererseits Zusammenhänge erkennen lassen.

Eine Statistik über Wissenschaftsspenden in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht der Archivdienst für Wirtschaftsstatistik des Stifterverbandes. In einem zweijährigen Turnus befragt er die Wirtschaft nach den Spendenvergaben für die Wissenschaft³.

Die Analyse der Entwicklung dieser Spenden in Relation zum gesamten Aufkommen war ein weiterer Aspekt der Untersuchung.

Zunahme der Spendentätigkeit von Unternehmen

Die Zahl von spendenden Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen hat sich im Untersuchungszeitraum 1957 bis 1977 deutlich erhöht, und zwar von 13 500 auf 18 500 (+ 37 vH). Besonders kräftig war die Zunahme in den Jahren von 1961 und 1965.

Eine Differenzierung nach Gesellschaftstypen ergibt ein unterschiedliches Bild: Während die Zahl der spendenden Aktiengesellschaften kontinuierlich von 1 675 auf 885 zurückging, sich also nahezu halbiert hat, erhöhte sich die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung um mehr als die Hälfte von 7 570 auf 11 770; die Zahl der spendenden übrigen unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaften (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 bis 6 KStG⁴) nahm zunächst von 4 200 (1957) auf 6 850 (1965) zu, sie verringerte sich dann aber wieder und betrug im letzten Erhebungsjahr der Körperschaftsteuerstatistik 5 900.

¹ Die Studie erscheint in Heft 4/1982 der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW.

² Vgl. Enquête über das soziale Engagement der deutschen Wirtschaft. Ergebnisse veröffentlicht in: Manager Magazin. Sonderdruck April 1976 und Heft 7/1979.

³ Vgl. Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Herausgeber: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Arbeitschrift A. Diverse Jahrgänge.

⁴ § 1 KStG: Unbeschränkte Steuerpflicht, Ziff. 2: Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft; Ziff. 3: Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit; Ziff. 4: Sonstige juristische Personen des privaten Rechts; Ziff. 5: nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts; Ziff. 6: Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

**Spendenaufkommen von Körperschaften insgesamt und je Körperschaftsteuerpflichtigen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Körperschaftsart	1965		1968		1971		1974		1977	
	absolut	Durchschnitt	absolut	Durchschnitt	absolut	Durchschnitt	absolut	Durchschnitt	absolut	Durchschnitt
- in 1 000 DM -										
Unbeschränkt Steuerpflichtige gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 1 KStG	129 837	11,8	119 272	10,8	145 162	12,2	151 502	12,0	184 676	14,7
darunter										
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Kolonialgesellschaften	76 335	49,8	72 513	54,1	76 278	59,6	93 346	86,4	111 614	127,0
Gesellschaften mbH	53 073	5,6	46 629	4,8	68 772	6,5	57 471	5,0	73 063	6,3
Alle übrigen unbeschränkt Steuerpflichtigen (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 - 6 KStG)	19 745	2,9	33 812	5,0	39 344	6,4	49 857	8,4	86 977	15,0
Unbeschränkt Steuerpflichtige insgesamt	149 582	8,4	153 083	8,6	184 508	10,2	201 359	10,9	271 655	14,8
- vH zum Vorzeitraum -										
Unbeschränkt Steuerpflichtige gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 1 KStG	23,4	4,4	-8,1	-8,5	21,7	13,0	4,4	-1,6	21,9	22,5
darunter										
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Kolonialgesellschaften	19,9	27,0	-5,0	8,6	5,2	10,2	22,4	45,0	19,6	47,0
Gesellschaften mbH	29,1	5,7	-12,1	-14,3	47,5	35,4	-16,4	-23,1	27,1	26,0
Alle übrigen unbeschränkt Steuerpflichtigen (§ 1 Abs. 1 Ziff. 2 - 6 KStG)	44,3	31,8	71,2	72,4	16,4	28,0	26,7	31,3	74,5	78,6
Unbeschränkt Steuerpflichtige insgesamt	25,8	9,1	2,3	2,4	20,5	18,6	9,1	6,9	34,9	35,8
Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Saarland; Berechnungen des DIW.										

Gemessen an allen steuerpflichtigen Körperschaften war der Anteil der spendenden Unternehmen mit rund 26 vH zunächst relativ konstant. In den Jahren nach 1968 ist eine sich im Zeitverlauf sogar beschleunigende Abnahme zu konstatieren. 1977 betrug die Relation von spendenden Körperschaften zu Körperschaften insgesamt nur noch 11,7 vH.

Überdurchschnittlich hoch, aber auch rückläufig ist der Anteil spendender Unternehmen bei den Aktiengesellschaften: Er lag zunächst bei 70 vH, 1974 ging er auf 66 vH zurück und betrug im letzten Erhebungsjahr (1977) nur noch 52 vH. Trotz des reduzierten Anteils signalisiert diese Relation noch immer eine hohe Spendenbereitschaft von Aktiengesellschaften oder „Großunternehmen“.

Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat die kräftig gestiegene Zahl von Unternehmen insgesamt bei weitem nicht Schritt gehalten mit der der Spender. In den einzelnen Erhebungsjahren der Kör-

perschaftsteuerstatistik (1957 bis 1977) ist ein Rückgang des Spenderanteils von 27,8 vH auf zuletzt nur noch 8,6 vH festzustellen. Diese Entwicklung könnte die Vermutung nahelegen, daß die Spendenbereitschaft junger Gesellschaften niedriger ist als von lang bestehenden. Bei einem großen Teil neu gegründeter GmbHs dürfte es sich indes um Gesellschaften handeln, die im Rahmen von GmbH und Co. KGs lediglich als Komplementär fungieren, einen Geschäftsbetrieb im eigentlichen Sinne also nicht betreiben.

Der bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach 1970 erkennbare Trend eines abnehmenden Spenderanteils ist bei den nach § 1 Abs. 1 Ziff. 2 bis 6 unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaften nicht zu beobachten: Nach einer ständigen Zunahme der Spenderquote von 18,2 vH (1957) auf 33,1 vH (1974) war lediglich 1977 ein geringfügiger Rückgang - um 2,5-vH-Punkte - zu verzeichnen.

Das gesamte nach § 9 Nr. 3 KStG⁵ absetzbare Spendenaufkommen von Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen belief sich im Jahre 1957 auf annähernd 85 Mill. DM. Danach war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Mittel zu beobachten; bis zum Jahre 1977 hatten sie sich auf 272 Mill. DM erhöht. Damit entfallen knapp ein Drittel des steuerlich geltend gemachten Spendenaufkommens (ohne Lohnsteuerpflichtige) auf diesen Spenderbereich. Eine nach der Gesellschaftsform differenzierende Betrachtung der Spendentätigkeit zeigt für die einzelnen Aggregate unterschiedliche Entwicklungen:

- Das Spendenaufkommen von Aktiengesellschaften nahm in dem hier angesprochenen Zeitraum von 50 Mill. DM auf 112 Mill. DM um 125 vH und damit nur unterdurchschnittlich zu, der Anteil am Gesamtaufkommen verringert sich von 59 vH auf zuletzt 41 vH. Die durchschnittliche Spendensumme erhöhte sich von 30 000 DM auf 127 000 DM.
- Insgesamt etwas schneller als bei Aktiengesellschaften wuchs das Spendenaufkommen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es nahm von 27 Mill. DM auf 73 Mill. DM zu und erreichte damit gut ein Viertel des gesamten Spendenaufkommens. Die durchschnittliche Spendensumme schwankte zwischen 3 800 DM (1957) und 6 300 DM (1971).
- Durchweg positive Veränderungsraten sind bei den nach § 1 Abs. 1 Ziff. 2 bis 6 KStG unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaften festzustellen: Sie steigerten ihre Spendenausgaben von zunächst 6 Mill. DM auf 87 Mill. DM im Jahre 1977 und übertrafen damit sogar das Spendenvolumen der Gesellschaften mit beschränkter Haftung; am Gesamtaufkommen hatten sie zuletzt einen Anteil von knapp einem Drittel. Kräftig expandierte auch die durchschnittliche Spendensumme, die mit zuletzt 15 000 DM das Ausgangsniveau um das Zehnfache übertraf.

Wie der Körperschaftsteuerstatistik zu entnehmen ist, spenden auch Unternehmen mit negativem Geschäftsergebnis. Die Statistik unterscheidet bis 1974 in „Verlustfälle mit Gewinn im Erhebungsjahr“ und „Verlustfälle mit Verlust im Erhebungsjahr“; 1977 werden Spenden von Unternehmen mit Verlust nicht mehr gesondert ausgewiesen. Zusammengenommen entfielen 1974 – dem Jahr mit dem höchsten Anteil – gut ein Viertel aller spendenden Gesellschaften auf diese Unternehmen. Das von ihnen erbrachte Spendenvolumen betrug 20 Mill. DM – rund 10 vH des gesamten von Körperschaften erbrachten Spendenaufkommens.

Auch die Befragungen des Wissenschaftszentrums – erfaßt wurden überwiegend größere Unternehmen – ergeben einen jeweils hohen Prozentsatz spendender Unternehmen. Bei diesen ausgewählten Unterneh-

Durchschnittliches Spendenaufkommen ausgewählter Unternehmen in 1000 DM

Umsatz Kapitalverzinsung	1970	1974	1977
nach Umsatzgrößenklassen:			
bis 250 Mill. DM	122	198	125
251 bis 500 Mill. DM	230	163	165
501 bis 1 000 Mill. DM	227	255	265
über 1 000 Mill. DM	730	881	2 036
Insgesamt	426	476	969
nach Größenklassen der Kapitalverzinsung:			
bis 5 vH	538	584	793
5,1 bis 10 vH	240	327	1 506
über 10 vH	330	332	373
Insgesamt	426	476	969
Quellen: Auswertung der ersten und zweiten Sozialen- quete des Wissenschaftszentrums, Berlin; DIW.			

men liegt die durchschnittliche Spende deutlich über den aus der Körperschaftsteuerstatistik für Aktiengesellschaften ermittelten Werten.

Die Analyse der Spendentätigkeit in Abhängigkeit vom Umsatz zeigt, daß die Spendensummen von Unternehmen mit Umsätzen jenseits der Milliardengrenze weit überdurchschnittlich hoch waren. In den darunter liegenden Größenklassen ist hinsichtlich Umsatz und Höhe der Spende keine einheitliche Rangfolge zu beobachten. Auch die Spendenquoten – hier definiert als das Verhältnis von Spendensumme zu jeweiligem Umsatz – läßt eindeutige Zusammenhänge zwischen Spenden- und Umsatzhöhe nicht erkennen. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Spendenquote bei den umsatzstarken Unternehmen weit unterdurchschnittlich war.

⁵ § 9 KStG: Abziehbare Aufwendungen; Ziff. 3 a: Vorbehaltlich des § 8 Abs. 3 Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und staatspolitischer Zwecke und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke bis zur Höhe von insgesamt 5 vom Hundert des Einkommens oder 2 vom Tausend der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter. Für wissenschaftliche und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke erhöht sich der Vomhundertsatz von 5 um weitere 5 vom Hundert. Als Einkommen im Sinne dieser Vorschrift gilt das Einkommen vor Abzug der in Satz 1 und in § 10 d des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Ausgaben. Als Ausgabe im Sinne dieser Vorschrift gilt auch die Zuwendung von Wirtschaftsgütern mit Ausnahme von Nutzungen und Leistungen. Der Wert der Ausgabe ist nach § 6 Abs. 1 Ziff. 4 Satz 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes zu ermitteln. Ziff. 3b: Spenden an politische Parteien im Sinne des § 2 des Parteiengesetzes bis zur Höhe von insgesamt 1 800 Deutsche Mark im Kalenderjahr.

Spenden je Spendenfall, Steuerschuld je Steuerpflichtigen und Spendenhöhe in vH der Steuerschuld von Einkommensteuerpflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland

		Einkünfte nach Größenklassen in DM						Insgesamt
		3 000 8 000	8 000 16 000	16 000 50 000	50 000 100 000	100 000 500 000	500 000 und mehr	
1965	Spendensumme je Spendenfall in DM	77	97	155	311	825	7 104	276
	Steuerschuld je Steuerpflichtigen in DM	328	958	3 524	15 678	62 720	543 344	5 400
	Spendenhöhe in vH der Steuerschuld	2,0	1,1	1,1	1,0	0,9	1,1	1,0
1968	Spendensumme je Spendenfall in DM	79	94	155	343	827	7 780	250
	Steuerschuld je Steuerpflichtigen in DM	317	923	3 401	15 564	59 713	578 858	5 230
	Spendenhöhe in vH der Steuerschuld	3,0	1,6	1,2	1,2	1,0	1,1	1,2
1971	Spendensumme je Spendenfall in DM	83	94	145	317	819	7 562	252
	Steuerschuld je Steuerpflichtigen in DM	324	1 028	4 044	15 249	61 303	575 093	6 794
	Spendenhöhe in vH der Steuerschuld	3,5	1,6	0,9	1,1	0,9	1,1	1,0
1974	Spendensumme je Spendenfall in DM	96	118	163	314	858	7 127	271
	Steuerschuld je Steuerpflichtigen in DM	324	1 064	4 936	14 713	61 762	534 998	8 205
	Spendenhöhe in vH der Steuerschuld	4,3	2,1	0,9	1,1	1,0	1,1	1,0
1977	Spendensumme je Spendenfall in DM	221	298	310	361	911	6 195	453
	Steuerschuld je Steuerpflichtigen in DM	73	689	5 130	14 972	65 059	572 418	10 374
	Spendenhöhe in vH der Steuerschuld	11,9	3,4	1,2	1,0	0,9	0,9	1,0
Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; DIW.								

Insgesamt zeigt auch die Analyse der Erhebung des Wissenschaftszentrums eine grundsätzliche Spendenbereitschaft deutscher Großunternehmen. Dabei lassen die diversen Einzelergebnisse die Schlußfolgerung zu, daß die Spendensumme tendenziell – bei allerdings abnehmender Spendenquote – mit dem Umsatz zunimmt.

Keinerlei Zusammenhang ist indes zwischen Verzinsung des Gesamtkapitals (Eigen- und Fremdkapital) und Spendensumme zu erkennen. Da auch bei der Körperschaftsteuerauswertung Korrelationen zwischen Gewinn bzw. Körperschaftsteuer einerseits und Spendenaufkommen andererseits nicht festzustellen sind und darüber hinaus auch Unternehmen mit negativem Geschäftsergebnis spenden, wird deutlich, daß neben dem Gewinn auch andere, teilweise außerhalb des ökonomischen Bereichs liegende Faktoren das Spendenverhalten von Unternehmen in starkem Maße beeinflussen. Bei einigen Unternehmen dürften Spenden kostenähnlichen Charakter haben: Tradition und/oder die rechtliche Verpflichtung aus Mitgliedschaften lassen gegenüber dem Spendenempfänger kurzfristig allenfalls eine Senkung des Spendenbetrages zu.

Die vom Archivdienst für Wirtschaftsstatistik erfaßten Spenden für die Wissenschaft – sie sind überwiegend dem Unternehmensbereich zuzurechnen –

entwickelten sich nicht parallel zu dem von Kapitalgesellschaften erbrachten Spendenvolumen. Sie erreichten mit 105 Mill. DM im Jahre 1965 bereits ein Niveau, das in den Jahren danach selten und dann auch nur geringfügig überschritten wurde. Die Bedeutung der Wissenschaftsspenden innerhalb des gesamten Spendenspektrums ist damit deutlich rückläufig: hatten sie 1965 mit gut 70 vH ihren höchsten Anteil erreicht, so lagen sie bei stufenweisem Abbau zuletzt nur noch bei 40 vH.

Schon diese Entwicklung beschreibt relativ starke Einbußen des Bereichs Wissenschaft in der Konkurrenz um Spendenmittel. Da in der Statistik des Stifterverbandes aber nicht nur körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen enthalten sind, muß der tatsächliche Terrainverlust sogar noch größer veranschlagt werden.

Starke Expansion der Spenden von Einkommensteuerpflichtigen

Bei der Interpretation des einkommensteuerlich geltend gemachten Spendenaufkommens ist zu berücksichtigen, daß zum einen die Lohnsteuerpflichtigen nicht erfaßt sind, und, daß zum anderen natürliche Personen von der Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit in weit geringerem Maße Gebrauch machen dürften als Unternehmen.

Das in der Einkommensteuerstatistik ausgewiesene Spendenvolumen nahm in dem Zeitraum 1961 bis 1977 von 123 Mill. DM auf 854 Mill. DM zu. Es expandierte damit weit schneller als das von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und übertraf dieses bei gleichem Ausgangsniveau zuletzt um mehr als das Dreifache.

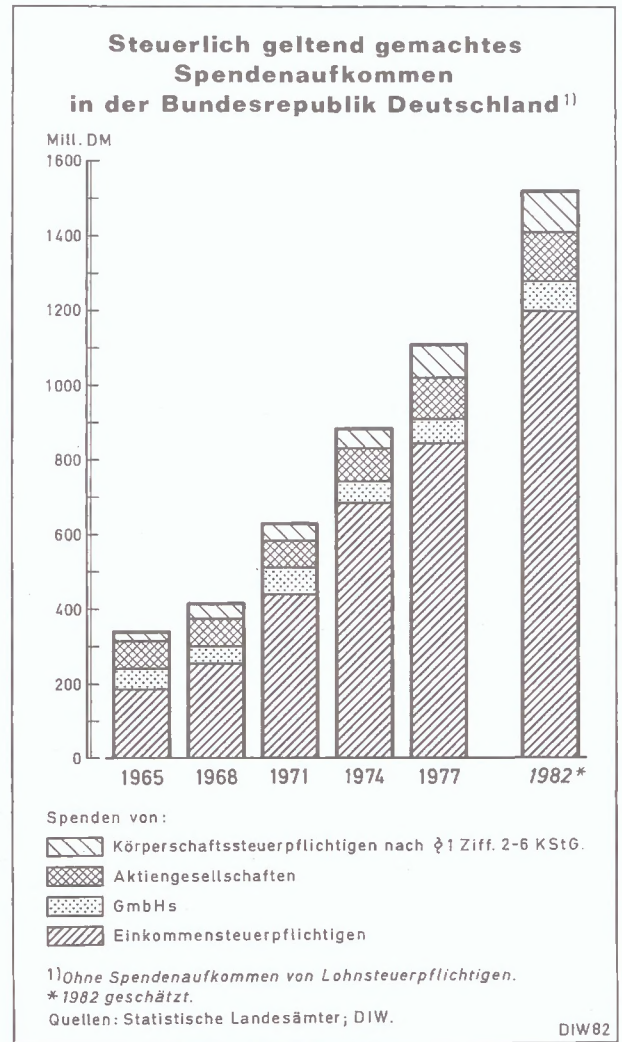
Ausschlaggebend dafür war einmal die kräftige Zunahme der Zahl der Spender von 421 000 auf 1 885 000. Der Anteil spendender Personen an den Einkommensteuerpflichtigen erhöhte sich damit von 15,3 vH auf 23,6 vH. Zum anderen lag 1977 die durchschnittliche Spende deutlich über dem in den Jahren davor verzeichneten Niveau.

Eine nach Einkommensklassen differenzierte Analyse ergibt, daß – abgesehen von den untersten Einkommensintervallen – die durchschnittlichen Spendenbeträge in den einzelnen Einkommensklassen während der gesamten Untersuchungsperiode praktisch unverändert geblieben waren: Die Relation Spende zu Steuerwich in den einzelnen Größenklassen kaum voneinander ab. Anders als bei den körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen ist hier also ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Spendenvergabe erkennbar.

Hohes Spendenpotential in der Bundesrepublik Deutschland

Die Addition der Spendenvergaben von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und Einkommensteuerpflichtigen ergab für das Jahr 1977 ein Volumen von rund 1,1 Mrd. DM. Wird dieses Ergebnis mit der Entwicklung der letzten Jahre fortgeschrieben, errechnet sich für 1982 ein bereits bei 1,5 Mrd. DM liegendes Aufkommen. Einschließlich des steuerbegünstigten Spendenaufkommens von Lohnsteuerpflichtigen – es wird vom Bundesministerium für Finanzen auf 200 Mio. DM veranschlagt – ist gegenwärtig von einem steuerlich geltend gemachten Spendenaufkommen von rund 1,7 Mrd. DM auszugehen. Die Analyse nach Bundesländern zeigt, daß davon zwei Drittel allein in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (30 vH), Bayern (20 vH) und Baden-Württemberg (17 vH) erbracht werden.

Das gesamte Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland dürfte noch deutlich höher sein als in der Untersuchung ausgewiesen. Zwar liegen für das steuerlich nicht geltend gemachte Spendenaufkommen offizielle Angaben nicht vor – in Anbetracht der vielfältigen Spendenaktionen und „Klingelbeutel-sammlungen“ ist von einem beträchtlichen Volumen auszugehen – gleichwohl lassen sich Größenordnungen dieser Spenden und damit auch des Gesamtaufkommens abstecken. Die Untergrenze des Spendenaufkommens in der Bundesrepublik liegt mit Sicherheit über 2 Mrd. DM. Schwerer festzulegen ist die Ober-



grenze. Bei einer Zahl von rund 25 Mill. Haushalten – etwa der Zahl der potentiellen Spender gleichzusetzen – und unter der Annahme, daß größere Spendenbeträge auch steuerlich geltend gemacht werden, dürfte sie kaum über 3 Mrd. DM liegen. Die in der Diskussion häufig genannte Zahl von 4 Mrd. DM ist durch diese Untersuchung nicht zu fundieren.

Prognosen über die künftige Entwicklung des Spendenaufkommens können aufgrund der vorgelegten Analyse nicht angestellt werden. Voraussetzung dafür wären weit detailliertere Informationen über Spender, Empfänger und Spendermotivation als bislang verfügbar. Auch wenn bei den Unternehmen kein so enger Zusammenhang zwischen Ertragslage und Spendenvergabe festgestellt werden konnte, wie es bei den natürlichen Personen zwischen Einkommen und Spende der Fall ist, läßt die auf absehbare Zeit wenig günstige wirtschaftliche Entwicklung bei beiden Spendergruppen eine verlangsamte Zunahme des Spendenaufkommens erwarten.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1981. 130 S. DM 58,60.

Staatsdefizite, Kreditmärkte und Investitionen. Von *Reinhard Pohl*.

Einige quantitative Aspekte der Staatstätigkeit: Verlaufsmuster und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Entwicklung von Gewinnen und Renditen im Unternehmensbereich. Von *Bernd Görzig*.

Der Einfluß demographischer Faktoren auf die Struktur des privaten Verbrauchs. Von *Werner Müller*.

Bemerkungen zu einer regional differenzierten Betrachtungsweise in der Demographie. Von *Herwig Birg*.

A Comparison of the Efficiency of Various Predictors in the Generalized Least Squares Model. By *Jürgen Blazejczak*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 1/1982. 150 S. DM 64,60.

Grundlagen und Anwendung mikroanalytischer Modelle. Von *Hans-Jürgen Krupp* und *Gert Wagner*.

The Use of Imports from Developing Countries in the Federal Republic of Germany. By *Dieter Schumacher*.

Zur Subventionierung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Peter Hrubesch*.

Die globale Verkehrsentwicklung als Grundlage regionaler Mobilitätsprognosen.– Ein einfacher Prognoseansatz für teilräumliche Verkehrsvorausschätzungen. Von *Hartmut Kuhfeld* und *Joachim Niklas*.

Input-Output-Tabellen für Berlin (West) 1970 und 1974. Von *Kurt Hornschild* und *Uwe Müller*.

Auswirkungen von Umweltschutzauflagen auf Rentabilität, Produktionsprogramm und Standortwahl. Von *Peter Ring* und *Wolfgang Watter*.

Kurzberichte: Gutachten-Dokumentation.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1982. 124 S. DM 56,00.

Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Produktionsfaktoren in den Wirtschaftszweigen. Von *Jürgen Blazejczak*.

Die Komponenten der Gewinn- und Renditeentwicklung in den Wirtschaftszweigen. Von *Bernd Görzig*.

Zur Neuberechnung des Produktionspotentials im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Von *Rainer Pischner*.

Ergebnisse einer Umfrage über Rechnerprogramme für ökonomische Entscheidungsmodelle. Von *Josef Gruber*.

Hat die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in den USA Erfolgchancen? Von *Manfred Teschner*.

Das Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981. Von *Ernst Hagemann*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 – Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Jochen Bethkenhagen

Ost-West-Handel weiter unter schwierigen Bedingungen. Bearbeitet von Heinrich Machowski –

Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Kurt Hornschild.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100.–, vierteljährlich DM 30.–, Einzelnummer DM 4.–

Zuzüglich Versandkosten.

– Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot –